



„Mehr internationale Verantwortung. Deutschland als Vorreiter in ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung?“

28. Donnerstagsgespräch der Kirchen am 03. Juli 2014 in Berlin
Beitrag für die Website der GKKE

„Mehr internationale Verantwortung“, Prälat Martin Dutzmann, Vorsitzender der GKKE verwies in seiner Begrüßung zum 28. Donnerstagsgespräch der GKKE auf die intensive und kontroverse öffentliche Debatte zu diesem Thema. Ob Deutschland nach 10 Jahren Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung tatsächlich als Vorreiter in diesem Feld gelten kann, so umriss er die Themenstellung. Die Kirchen haben aus ihrer friedensethischen Orientierung den Primat der Gewaltprävention unterstützt und die Umsetzung des Aktionsplans kritisch begleitet.

In seiner Einführung erläuterte Dr. Bernhard Moltmann die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage der Körber Stiftung, die in einem vielleicht typisch deutschen Missverständnis reduziert wurden auf das Fazit „Deutschland soll sich weniger einmischen“ (Süddeutsche Zeitung vom 20.05.2014). Dabei war das Interesse der Befragten an außenpolitischen Themen groß und es gab hohe Unterstützung für Aktivitäten wie humanitäre Hilfe, diplomatische Verhandlungen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, aber auch Ausbau von Polizei und Sicherheitskräften sowie Aufbau staatlicher Institutionen, eben Ansätzen der Zivilen Konfliktbearbeitung.

„Ich bin aufgewachsen in Burundi, und seit ich lebe (1969) haben Leute in meiner Heimat Angst“, Dr. Desire Njisabira schilderte die verheerenden Auswirkungen der Gewalt der Lord’s Resistance Army (LRA) in Norduganda, wenn z.B. Eltern lebenslang mit der Schuld leben müssen, dass sie ihre Kinder nicht schützen konnten. Sich einmischen sei geboten aus mitmenschlicher Verantwortung, auch wenn geographisch große Distanzen z.B. zwischen Deutschland und Uganda liegen. Der Bedarf an ziviler Krisenprävention sei enorm. Menschen haben nicht aufgehört, Lösungen zu suchen, kirchliche Akteure seien tätig. So sei die systematische Entführung von Kindern durch Joseph Kony erst dann international beachtet worden, nachdem der Erzbischof von Gulu mit den Straßenkindern in Gulu auf der Straße übernachtet hat. Wichtig sei die ökumenische und interreligiöse Zusammenarbeit, die in Norduganda bis heute gehalten habe. Hilfreich sei der überregionale Erfahrungsaustausch etwa mit Partnern aus dem Südsudan. Das Amnestiegesetz in Uganda sei umstritten, es müsse mehr für die Opfer getan werden und ein offener Umgang mit der belasteten Vergangenheit sei eine wichtige Komponente der Gewaltprävention. „Nach dem Konflikt ist vor dem Konflikt“.

Professor Dr. Conrad Schetter, Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC) reflektierte den Begriff der Krise: dieser impliziere die Erwartung, dass sie überwunden werden kann. Er lebe vom medialen Moment und vom Gedanken des Aktionismus. Der Begriff sei zu harmlos für viele Katastrophen und soziale Agonien, die er umschreiben wolle. Die „Responsibility to Protect“ der Vereinten Nationen versuche, Interventionen von außen normativ zu regeln, aber solange Russland und andere Staaten dies als Einmischung in die inneren Angelegenheiten ansehen, sei der normative Rahmen auf Zukunft hin unklar.

Dr. Franziska Brantner, die Vorsitzende des Bundestags-Unterausschusses „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ beschrieb die Fortschritte des Friedens- und Stabilitätsinstrumentes der EU. In ihm sei z.B. festgelegt worden, dass alle Antiterroarmaßnahmen menschrechtskonform sein müssten, einschließlich einer Berichtspflicht dazu. Friedenskonsolidierung müsse in einem Zyklus geschehen werden, der Prävention und Nachsorge einbeziehe und meist über Jahrzehnte Zeit brauche. Wirkungen zeigten sich z.B. im Jemen. Ohne die Maßnahmen des Friedens- und Stabilitätsinstrumentes wäre die Situation dort schlimmer, aber das nehme kaum einer als positive Wirkung, als Erfolg wahr. Sie äußerte den Wunsch, dass das BMZ sich stärker in Sachen ziviler Krisenprävention engagiere.

Dr. Rolf Horlemann, Referatsleiter Krisenprävention und Friedenskonsolidierung im Auswärtigen Amt in Berlin griff die Diskussion über den Begriff der Zivilen Krisenprävention auf. Wenn diese gelänge, erfahre es keiner, wenn sie scheitere, sei die Krise da. So gebe es vielfache politische Anstrengungen, aber kaum Erfolge. Dr. Horlemann stellte die Notwendigkeit öffentlicher Sicherheit angesichts einer schlechenden Erosion der öffentlichen Ordnung in Krisenländern in den Vordergrund und damit die Bedeutung von Sicherheitssektor-Reformen. Viele nähmen die Situation im Südsudan als ein Scheitern der Zivilen Krisenprävention wahr, aber es wurden tatsächlich wirksame Schritte hin zur Stabilisierung getan. Das Risiko des Scheiterns bleibe.

In der engagierten Diskussion wurde die Bedeutung der Frühwarnsysteme zwar bestätigt, aber ausreichende Informationen seien vorhanden. Was fehlte, sei die gezielte Auswertung und die Bereitschaft, abgestimmt und konzertiert zu agieren. Auf Herausforderungen wie die totale Gewalt der ISIS habe noch keiner eine Antwort.

Der Vorschlag eines „Peace Contribution Index“, der Wirkungen im Sinne einer Friedenskonsolidierung mit Indikatoren etwa für „Legitimation“ und „Vertrauensbildung“ erhebe, wurde als aussichtsreich eingeschätzt.

Bonn, 08.07.2014
Gertrud Casel